

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 209. Ratssitzung vom 15. Januar 2014

4629. 2013/284

Weisung vom 21.08.2013:

Hochbaudepartement, Schul- und Sportdepartement, Polizeidepartement, städtische Schulgebäude und -anlagen, Einbau von Alarmierungsanlagen zum Schutz vor zielgerichteter Gewalt, Objektkredit

Antrag des Stadtrats

Für den Einbau von Alarmierungsanlagen in den städtischen Schulgebäuden und –anlagen zum Schutz vor zielgerichteter Gewalt wird ein Objektkredit von Fr. 5 200 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2012) und der Bauausführung.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Ruth Ackermann (CVP): *Zielgerichtete Gewalt in den Schulen ist auch bei uns Realität. Die Stadtpolizei hat gemeinsam mit der Fachstelle für Gewaltprävention des Schul- und Sportdepartements ein Konzept erstellt. Dieses umfasst die drei Phasen Prävention, Früherkennung und Intervention. Bei der Intervention ist der Personenschutz wichtig. Dazu wird eine Informationsanlage benötigt, damit betroffene Personen zwischen verschiedenen Alarmsignalen zu unterscheiden wissen. Mit diesem Alarmierungs- und Informationssystem können Sicherheitslücken geschlossen werden. Die Einsatzkräfte werden schnell informiert und die betroffenen Personen wissen, was sie machen müssen.*

Kommissionsminderheit:

Ruth Anhorn (SVP): *In Zürich ist man im Schulbereich innerhalb der verschiedenen Schulhausteams, der Gewaltpräventionsstellen und auch der Polizei gut vernetzt. Dadurch kann vieles vermieden werden. Auch wenn man in allen Schulhäusern solche Alarmierungsanlagen installieren würde, gäbe es bei einem Amoklauf Opfer. Dies wäre nicht zu verhindern. Bereits jetzt werden alle Lehrpersonen im richtigen Verhalten bei einem solchen Vorfall geschult. Diese Situationen müssten aber immer wieder geübt werden, damit sie im Notfall korrekt und nach Anweisung durchführbar sind. Der Regierungsrat hat beschlossen, dass für die vom Kanton geführten Schulen die Minimalvariante verbindlich ist. Diese beschränkt sich auf einfachste Massnahmen, wie*

das Anbringen von Flucht- und Rettungsplänen und einem Akustiksignal bei Brandfällen.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): In fast allen Fällen wird man zu spät sein, um alle Opfer vor einem Amoklauf schützen zu können. Wichtig ist deshalb, die restlichen Personen im Gebäude vor körperlichen Schäden zu bewahren und die Opferzahl somit einzuschränken. Genau aus diesem Grunde müssen diese Betroffenen darüber informiert werden, was im Gebäude vor sich geht. Des Weiteren ist es zentral, dass man auch von ausserhalb eine Kommunikationsmöglichkeit in ein solches Gebäude hat, weil sich viele dort verstecken.

Claudia Simon (FDP): Wir wissen nicht, ob das System das richtige ist. Es wiegt uns in einer falschen Sicherheit. Wir verlassen uns auf die Technik und vergessen darüber, wie man sich im Ernstfall richtig verhält.

Isabel Garcia (GLP): Wir stimmen der Weisung aus drei Gründen nicht zu. Ein Grund ist die schon genannte Scheinsicherheit. Zudem denken wir, dass damit die Verantwortung abgeschoben wird. Wir alle müssen diese Verantwortung wahrnehmen und die Gewalt jeden Tag und in jeder Situation versuchen zu minimieren. Die schon vorhandenen, regelmässigen Informationen, Schulungen und Übungen, sind hier wirkungsvoller. Der beste Schutz ist jedoch immer noch, den Zugang zu Waffen zu verhindern.

Fabienne Vocat (Grüne): Es geht nicht um Geld, sondern um Schadensbegrenzung. Dafür müsste man in der Stadt, besser noch im Kanton, ein einheitliches System einführen. Wenn jedes Schulhaus andere Abläufe und Signale installiert, kann man nicht davon ausgehen, dass das entsprechende Zeichen von allen erkannt wird. Die optimale Schutzvariante ist bereits heute verpflichtend für Kantons- und Mittelschulen und wird vom Kanton und von Fachleuten wärmstens empfohlen. Die Minimalvariante reicht zu wenig weit. Der Kanton muss die Optimalvariante für alle Schulen als verbindlich erklären.

Rebekka Wyler (SP): Mit solchen Anlagen wird auch die Angst geschürt. Uns wird eingeredet, wir wären pausenlos von Gefahren umgeben und dagegen wären nur technische Hilfsmittel von Nöten. Was wir brauchen, ist Prävention.

Roger Tognella (FDP): Auch Prävention garantiert keine hundertprozentige Sicherheit, genauso wenig wie technische Hilfsmittel. Man müsste nicht nur die festgestellten Lehrpersonen, sondern auch sämtliche Teilzeitkräfte und Externe instruieren, damit sie mit dem System richtig umgehen können. Das technische System kann nur einen Teil der Bedürfnisse lösen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Die FDP meint, dass man nur die Auswirkungen begrenzen kann. Genau dies ist die Idee der Weisung. Wir reden hier von Menschenleben. Alles was wir zur Verbesserung beitragen können, ist keine falsche Sicherheit. Soll man lieber gar nichts machen? Die Schweiz ist keine Insel und es ist eine Tatsache, dass man hierzulande relativ schnell zu einer Waffe kommt. Das Prinzip Hoffnung, dass ein solcher Fall nie eintritt, reicht nicht aus. Wenn doch etwas passiert, ist das Ausmass verheerend. Das Alarmierungssystem verhindert keinen Amoklauf; aber das richtige Verhalten kann Leben retten.*

Ruth Anhorn (SVP): *Mit einem Alarmierungs- und Informationssystem kann man nur die Tatschwere begrenzen, nicht aber die Tat verhindern. In jedem Fall gibt es Opfer, ob dies nun eines ist oder mehrere sind.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: *Es gibt keinen stringenten Grund gegen die Weisung. Man muss nicht alle drei Monate mit den Schülern eine Übung durchführen, sondern die Lehrer unaufgeregt und sachlich darüber informieren, wie sie im Notfall richtig handeln. Es gibt einen diametralen Unterschied zwischen einem Notfall im Brandfall und einem Notfall bei einem Amoklauf. Der Fluchtreflex ist bei letzterem nicht angebracht. Deshalb muss darüber nicht nur informiert, sondern entsprechende Massnahmen umgesetzt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Sogar von Polizeiseite heisst es, dass neben einem standardisierten Gefahrenmanagement, einer sensibilisierten Lehrerschaft und einer gut vorbereiteten Polizei insbesondere bauliche Massnahmen die schrecklichen Folgen eines Amoklaufs erheblich senken können. Es geht um Zeit und um entscheidende Minuten.*

Markus Kunz (Grüne): *Man kann gegen jegliche Massnahmen sein, wie z. B. Feuermelder, die gar nicht dazu da sind, Schadensfälle zu verhindern, sondern dazu dienen, den Schaden einzudämmen.*

Hans Urs von Matt (SP): *Mit dem Alarmierungssystem hätte man die Chance, sich im Ernstfall richtig zu verhalten. Wir wissen nicht, ob dies dann auch so umgesetzt wird, aber wenigstens wäre die Möglichkeit gegeben.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Die veranschlagte Summe kann sinnvoller eingesetzt werden, z. B. indem man damit Schulsozialarbeiterinnen einstellt und damit eine nachhaltige Prävention schafft.*

Alecs Recher (AL): *Die Vorlage fordert wieder einmal, dass der Staat die totale Sicher-*

heit bietet. Das schürt Erwartungen, was der falsche Weg ist. Es ist keine staatliche Aufgabe, alles Mögliche zu machen, damit man alles Mögliche verhindern kann, was vielleicht eintrifft.

Mark Richli (SP): Natürlich muss man in die Prävention investieren. Aber die hier zu sprechende Summe hat nichts mit Prävention zu tun; hier geht es um die richtige Reaktion in einer sich akut ereignenden Situation.

Fabienne Vocat (Grüne): Es geht nicht um richtige und auch nicht um falsche Sicherheit, sondern nur um Schadensbegrenzung. Es macht einen Unterschied, ob es ein Opfer oder mehrere sind.

STR Gerold Lauber: Zu sagen, wir seien nicht in Deutschland oder den USA, weil es bei uns noch keinen solch massiven Amoklauf gegeben hat und daraus zu folgern, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird, ist kein haltbares Argument.

Der Rat stimmt dem Antrag von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) mit 104 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Ruth Ackermann (CVP), Referentin; Präsident Mark Richli (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Simon Kälin (Grüne) i. V. von Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR (Namensaufruf) sowie gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
001	Abele	Martin	Grüne	JA
094	Ackermann	Ruth	CVP	JA
032	Altinay	Petek	SP	JA
071	Ammann	Jürg	Grüne	JA
084	Angst	Walter	AL	JA
179	Anhorn	Ruth	SVP	NEIN

013	Aubert	Marianne	SP	NEIN
059	Bär	Linda	SP	NEIN
137	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
051	Baumgartner Kläy	Brigitte	Grüne	JA
045	Beer	Duri	SP	NEIN
113	Bergmaier	Guido	SVP	NEIN
038	Bernhard	Irene	GLP	NEIN
173	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
106	Blöchliger	Patrick	SD	JA
161	Bosshard	Gerhard	EVP	JA
117	Bourgeois	Marc	FDP	NEIN
017	Brander	Simone	SP	NEIN
131	Bürki	Martin	FDP	NEIN
170	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
154	Camen	Beat	SVP	--
049	Denoth	Marco	SP	JA
151	Dogwiler	Sven Oliver	SVP	NEIN
035	Dubno	Samuel	GLP	NEIN
057	Dubs Früh	Marianne	SP	JA
061	Edelmann	Andreas	SP	NEIN
166	Egger	Urs	FDP	NEIN
176	Erfigen	Monika	SVP	NEIN
030	Esseiva	Nicolas	SP	NEIN
140	Fehr	Urs	SVP	NEIN
072	Filli	Peider	Grüne	JA
031	Fischer	Renate	SP	JA
002	Frei	Dorothea	SP	JA
026	Garcia	Isabel	GLP	NEIN
124	Garzotto	Marina	SVP	NEIN
036	Gautschi	Adrian	GLP	NEIN
063	Glaser	Helen	SP	NEIN
009	Graf	Davy	SP	NEIN
119	Hagger	Joachim	FDP	NEIN
156	Haller	Margrit	SVP	NEIN
116	Hänni-Etter	Cäcilia	FDP	NEIN
050	Hintsch	Gustav	Parteilos	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
005	Hug	Christina	Grüne	JA
092	Hungerbühler	Markus	CVP	JA

037	Hüni	Guido	GLP	NEIN
147	Huser	Christian	FDP	NEIN
127	Hüssy	Kurt	SVP	NEIN
112	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
128	Jäger	Alexander	FDP	NEIN
054	Kälin	Simon	Grüne	JA
007	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
023	Käser	Philipp	GLP	NEIN
083	Kirstein	Andreas	AL	JA
053	Kisker	Gabriele	Grüne	ENTHALTEN
052	Knauss	Markus	Grüne	JA
029	Kraft	Michael	SP	NEIN
041	Küng	Peter	SP	NEIN
088	Kunz	Markus	Grüne	JA
046	Lamprecht	Pascal	SP	JA
034	Landolt	Maleica	GLP	NEIN
132	Lauber	Tamara	FDP	NEIN
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
082	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
021	Luchsinger	Martin	GLP	--
160	Mächler	Martin	EVP	JA
058	Makwana-Boss	Elisabeth	SP	JA
201	Manser	Joe A.	SP	JA
101	Mariani	Mario	CVP	JA
048	Marti	Min Li	SP	NEIN
033	Matter	Sylvie Fee	SP	NEIN
070	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
138	Monn	Thomas	SVP	NEIN
069	Moser	Felix	Grüne	JA
157	Müller	Rolf	SVP	NEIN
022	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	NEIN
018	Nüssli-Danuser	Andrea	SP	NEIN
042	Papageorgiou	Kyriakos	SP	NEIN
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
086	Piller	Bernhard	Grüne	JA
087	Probst	Matthias	Grüne	ENTHALTEN
143	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
081	Recher	Alecs	AL	NEIN
174	Regli	Daniel	SVP	NEIN

006	Richli	Mark	SP	JA
012	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
171	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
123	Scheck	Roland	SVP	NEIN
077	Scherr	Niklaus	AL	NEIN
153	Schlatter	Hedy	SVP	NEIN
130	Schmid	Michael	FDP	NEIN
148	Schmid	Urs	FDP	NEIN
103	Schönbächler	Marcel	CVP	JA
141	Schwendener	Thomas	SVP	NEIN
028	Seidler	Christine	SP	NEIN
135	Sidler	Bruno	SVP	NEIN
016	Silberring	Pawel	SP	JA
120	Simon	Claudia	FDP	NEIN
105	Spiess	Christoph	SD	JA
165	Steger	Heinz F.	FDP	NEIN
019	Straub	Esther	SP	NEIN
027	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
126	Tomezzoli	Ruggero	SVP	NEIN
099	Traber	Christian	CVP	JA
025	Trevisan	Guido	GLP	NEIN
108	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	NEIN
133	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
015	Utz	Florian	SP	NEIN
096	Virchaux	Jean-Claude	CVP	JA
073	Vocat	Fabienne	Grüne	JA
062	von Matt	Hans Urs	SP	JA
039	von Planta	Gian	GLP	NEIN
144	Wehrli	Werner	EVP	JA
097	Weyermann	Karin	CVP	JA
003	Wiesmann	Matthias	GLP	NEIN
066	Würth	Eva-Maria	SP	NEIN
020	Wüthrich	Katrin	SP	NEIN
047	Wyler	Rebekka	SP	NEIN

8 / 8

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 44 gegen 77 Stimmen ab.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat